

Luzerner Tagblatt

«Kleine» große
Bundesfinanzreform 3
Luzern tritt als erster Kanton 7
Athen: Brillante Schweizer LM



Auch Großmama demonstrierte

In Ongar in der Grafschaft Essex (England) fand eine Demonstration für die Aufrechterhaltung des dortigen War Memorial Hospital statt. Dieses enthält 23 Betten, und die Patienten sind größtenteils alte Leute. Die Behörden beabsichtigen, das Haus zu schließen, denn es sei unwirtschaftlich und veraltet. Unser Bild: Inmitten der Manifestation befindet sich die 73-jährige Großmama, die in diesem alten Haus sehr glücklich ist. «Es ist viel heimlicher als die riesigen modernen Spitäler, in die man uns schicken will.»

ASL

Israel vom Sicherheitsrat erneut verurteilt

... wegen Nichtbeachtung früherer Resolutionen des Rates

New York, 16. Sept. (DPA/AFP/UPI) Zum Abschluß seiner Debatte über den Brand in der Jerusalemer El-Aksa-Moschee hat der Sicherheitsrat Israel wegen der Nichtbeachtung früherer Resolutionen des Sicherheitsrates über Altjerusalem verurteilt. Für die von Pakistan im Namen von 24 islamischen Staaten beantragte Resolution stimmten elf Delegierte. Vier Staaten — USA, Kolumbien, Paraguay und Finnland — enthielten sich der Stimme. In der Resolution wird jede Verletzung einer heiligen Stätte in Jerusalem als Gefährdung des internationalen Friedens und der Sicherheit bezeichnet. Israel wird aufgefordert, die vom Sicherheitsrat beschlossene Resolution über die Aufhebung aller israelischen Maßnahmen in der Altstadt sofort zu befolgen.

Die Abstimmung bewies nach Ansicht von Beobachtern erneut die Uneinigkeit der vier Großmächte in der Nahost-Frage. Während die Sowjetunion für die Resolution stimmte und bemängelte, daß sie nicht schärfere Maßnahmen gegen Israel vorsehe, enthielten sich die USA der Stimme.

Der Vertreter Frankreichs, Armand Bérand, hat sich für die Eröffnung einer «vollständigen, unparteiischen und öffentlichen» Untersuchung über den Brand in der El-Aksa-Moschee ausgesprochen. Sie soll erlauben, «die Verantwortlichkeit festzustellen», und so zur Beruhigung der Gemüter beitragen. Bérand verlieh seiner Sympathie für die arabische Sache im Falle des Brandes der El-Aksa-Moschee Ausdruck.

Die Vereinigten Staaten hatten an den Rat appelliert, den Brand der Moschee nicht als Teil der Jerusalemfrage, sondern als isolierten Zwischenfall gesondert zu behandeln. Da die Mehrheit der Ratsmitglieder dies ablehnte, enthielten sich die USA zusammen mit Finnland, Kolumbien und Paraguay der Stimme. Für den pakistanischen Entwurf stimmten Algerien, Nationalchina (Formosa), Frankreich, Großbritannien, Nepal, Pakistan, Sambia, Senegal, die Sowjetunion, Spanien und Ungarn.

Arabische Delegationen fühlen sich «bedroht»

(UPI) U Thant erklärte anlässlich der Debatte über den Brand der El-Aksa-Moschee, die amerikanische Polizei biete den arabischen Delegationen bei der Uno Schutz gegen sie bedrohende Organisationen palästinensischer Extremisten. Arabische Botschafter bei der Uno haben sich nämlich beklagt, eine rechts-extreme Organisation, die den Namen «Minute-Men» führe, sowie die «jüdische Verteidigungsliga» mit Sitz in New York hätten mit Repressalien gedroht, falls arabische Terrorgruppen jüdische Gesellschaften oder Organisationen angreifen sollten. Die «jüdische Verteidigungsliga» bestätigte darauf, sie habe telegrafisch die Uno-Delegierten Jordaniens, Ägyptens, Syriens, Iraks, Algeriens und Libanons gewarnt, nachdem die Palästinensische Befreiungsorganisation Gewaltakte gegen die Juden in der ganzen Welt angekündigt hatte.

Attentat in Gaza

Tel Aviv, 16. Sept. (R) Am Dienstag sollen bei einer Bombenexplosion in Gaza eine israelische Frau getötet und 15 weitere Personen verletzt worden sein. Eine israelische Frau und ein israelischer Knabe sollen sich unter den Verletzten befinden. Die übrigen seien Araber.

Nixon korrigiert Ky

Abszug von 35 000 Mann US-Truppen aus Vietnam — Nordvietnamesischer Überfall auf ein Dorf: 24 Tote

Washington, 16. Sept. (AFP/UPI) Präsident Nixon hat seinen Entschluß, bis 15. Dezember weitere 35 000 Mann aus Südvietsnam abzuziehen, bekanntgegeben. Damit werden die USA über 65 000 Mann zurückgezogen haben. Das Expeditionskorps wird von 549 500 Mann auf 484 000 Mann reduziert.

Die Zahl 35 000, die Nixon nannte, unterscheidet sich von derjenigen, die Vizepräsident Nguyen Cao Ky in Saigon angegeben hatte. Er hatte davon gesprochen, daß bis Ende November weitere 40 500 Soldaten der USA sein Land verlassen würden.

Der Bekanntgabe des Entschlusses von Präsident Nixon waren Besprechungen des Präsidenten mit dem amerikanischen Oberkommandierenden in Vietnam, General Abrams, vorausgegangen. In der Ankündigung des Präsidenten,

ber. Israelische Sicherheitskräfte hätten 40 Verhaftungen vorgenommen,

80 Verhaftungen

Nach dem Attentat vom Dienstagmorgen, hat die Polizei in Gaza 80 Verhaftungen vorgenommen und eine großangelegte Untersuchung eingeleitet.

Die zugleich einen Friedensaufruf an die kommunistische Seite im Vietnamkrieg darstellte, hieß es wörtlich: «Ich sehe ein, daß es schwierig ist, über der Kluft von fünf Jahren Krieg zusammenzufinden. Aber die Zeit ist gekommen, diesen Krieg zu beenden. Lassen wir in diesem kritischen Augenblick in die Geschichte eingehen, daß sich beide Seiten lieber dem Frieden als dem Konflikt und dem Krieg zugewandt hätten.»

Etwa 200 nordvietnamesische Soldaten überfielen nach Angaben eines amerikanischen Militärsprechers in Saigon in der Nacht zum Dienstag das im Norden von Südvietsnam gelegene Dorf Mai Linh. Dabei wurden 21 südvietnamesische Zivilisten und drei Soldaten getötet. Außerdem zerstörten die Kommunisten 170 Häuser. Es war der dritte derartige Überfall in der nördlichen Kriegszone in einer Woche.

Vorgehen gegen Dubcek noch ungewiß

Keine einheitliche Linie bei Parteiführern, aber die Angriffe gegen den früheren Parteichef gehen weiter

Prag, 16. Sept. (UPI) In der Führungsspitze der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei besteht nach Angaben hoher Funktionäre noch keine Einigung darüber, in welcher Form der ehemalige Parteichef Alexander Dubcek gemäßigert werden soll. Aus diesem Grunde sei die seit langem erwartete Sitzung des Zentralkomitees der Partei, auf der Personal- und Kaderfragen erörtert werden sollen, erneut verschoben worden. Ein Teil der Führungsspitze befürchte, daß ein vollständiger Ausschluß von Dubcek aus dem politischen Leben zu neuen Unruhen in der Bevölkerung führen könnte. Daher führten Politiker der CSSR eine Reihe von Gesprächen mit Vertretern der Invasionsmächte.

Das staatlich kontrollierte Radio setzt unterdessen die Angriffe gegen Dubcek fort, der in einem Kommentar als der «Hauptschuldige» der Reformen bezeichnet wurde. Wörtlich hieß es: «Er ist der Hauptschuldige, der die Beschlüsse des Zentralkomitees nicht verwirklicht hat, obgleich dies seine erste Pflicht war. Er ist für die Fehler in der Zeit nach dem Januar verantwortlich und setzte diese fort.»

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Oldrich Cernik flog am Dienstagmorgen zu Verhandlungen. Die Verhandlungen würden «spezielle Fragen» der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der

Sowjetunion und der Tschechoslowakei betreffen.

Türkisches Flugzeug nach Bulgarien entführt

Istanbul, 16. Sept. (UPI) Ein türkisches Verkehrsflugzeug mit 61 Menschen an Bord ist nach Sofia entführt worden, wie ein Sprecher der türkischen Luftfahrtgesellschaft in Istanbul mitteilte. Der Sprecher sagte, die türkische Luftfahrtgesellschaft sei informiert worden, daß die Maschine um 14.30 Uhr Ortszeit in der bulgarischen Hauptstadt landete. Das Flugzeug, in dem sich 57 Passagiere und vier Besatzungsmitglieder befanden, war auf einem Flug von Ankara und Samun in der Türkei. Nach Angaben des Sprechers wurde der Pilot der Viscount-Turbopropmaschine acht Minuten nach dem Start in Istanbul gezwungen, nach Bulgarien zu fliegen. Wie die türkische Nachrichtenagentur aus Sofia meldete, dürfte die entführte Maschine am Nachmittag in der bulgarischen Hauptstadt zum Rückflug nach Istanbul starten. An der Entführung seien zwei Personen beteiligt gewesen.

Rekordstärke der Sowjets im Mittelmeer

Neapel, 15. Sept. ag. (R) Die sowjetische Flotte im Mittelmeer hat den bisherigen Höchstbestand von 67 bis 69 Kriegsschiffen erreicht. Von zehntausend amerikanischen Seite wird die Anzahl auf 63 bis 65 Einheiten geschätzt. Darunter sollen sich 13 bis 15 U-Boote befinden.

Tschechisches Gold in amerikanischen Tresors

Finanz-Streit Prag-Washington dauert nun schon zwei Jahrzehnte

Die kürzlich erfolgte Entscheidung eines neuen amerikanischen Botschafters nach Prag hat die tschechoslowakische Regierung mit neuen Hoffnungen auf eine Lösung des nun schon ein Vierteljahrhundert andauernden Streits um den im Krieg von Hitler verschleppten Goldschatz erfüllt. Tatsächlich hat Botschafter Malcolm Toon neue Vorschläge des Staatsdepartements angekündigt, deren Annahme das Prager Kabinett sofort in den Besitz harter Valuten bringen würde, die um so wichtiger sind, als ja die Sowjetunion ihren «Verbündeten» bisher jeden Kredit verweigert, ja nicht einmal ihre Schulden in Höhe von 32 Millionen Rubel zurückgezahlt hat.

Der Streit um den heute in den USA befindlichen tschechoslowakischen Goldschatz geht auf die Kriegsjahre zurück, als nach Errichtung des «Protektorats Böhmen und Mähren» etwa 44 Tonnen Goldbarren der tschechoslowakischen Nationalbank in die Tresors der Deutschen Reichsbank nach Berlin überge-

führt wurden. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde das Gold nach einem bestimmten Schlüssel an die rechtmäßigen Besitzer (Frankreich, Belgien, Holland, Polen usw.) verteilt, wobei der Tschechoslowakei ein Anteil von 24,5 Tonnen zugesprochen wurde.

Noch im Jahr 1948 erhielt die Tschechoslowakei eine erste Tranche von 6,1 Tonnen, doch der kommunistische Putsch in Prag und die darauf folgende Periode des Kalten Krieges verhinderten, daß auch der Rest von 18 400 Kilo Gold (im Wert von 21 Millionen Dollar) rückerstattet wurde. Alle Versuche der Prager Regierung, die Blockierung ihres Guthabens aufzuheben, scheiterten am Veto des amerikanischen Vertreters in der interalliierten Kommission, der auf die nicht erfüllten Verpflichtungen der Tschechoslowakei hinwies, die sich aus der Konfiskation amerikanischen Vermögens ergaben.

Der Wert dieses Vermögens war von der CSSR ursprünglich auf zwei Millionen Dollar beziffert worden, doch später (1961) erklärte sich Prag bereit, zwölf Millionen zu zahlen. Die Amerikaner akzeptierten jedoch weder das erste noch das zweite Angebot, sondern verlangten 40 Millionen, die inzwischen sogar auf 72 Millionen erhöht wurden. Unklar ist wie ein von der Tschechoslowakei nach dem Kriege in den USA bestelltes, dann aber nicht geliefertes Walzwerk verrechnet werden soll, für das wohl 16 Millionen Dollar bezahlt wurden, das dann aber zwangsweise an andere Interessenten verkauft werden mußte.

Umgekehrt hat auch die Tschechoslowakei mehrere amerikanische Kompromißvorschläge abgelehnt, den letzten im November 1968. Für Washington ist es jetzt, wo die CSSR wieder ganz auf die sowjetische Linie eingeschwenkt ist, schwieriger, Konzessionen zu machen, als noch während der Dubcek-Ära. Angesichts der Aussichtslosigkeit einer Regelung dieser Frage hat man in tschechischen Zeitungen die Anwendung des zwischen den USA und der CSSR seit 1928 bestehenden Schiedsvertrages vorgeschlagen, der bei Streitigkeiten die Bildung einer internationalen Kommission vorsieht, deren Entscheidungen allerdings für die Parteien nicht bindend sind. Ein anderer Weg wäre die Einschaltung des Haager Schiedsgerichtshofes.

Wolfgang Oberleitner

77 gegen 73 Mandate

Resultatänderung nach den norwegischen Wahlen

Oslo, 16. Sept. (UPI) Ein Parlamentsitz, den die norwegischen Sozialisten als gewonnen geglaubt hatten, ging bei einer Nachzählung der abgegebenen Stimmzettel mit nur 35 Stimmen Mehrheit an die Liberalen. Die Regierungskoalition der bürgerlichen Parteien wird somit über eine absolute Mehrheit im Storting von 77 Sitzen gegen 73 Sitzen der Sozialisten verfügen.



Diamanten-Königin für einen Tag

Der Traum jeder Frau, einmal Diamanten und prächtigen Schmuck zu tragen, wurde für einige Mädchen in London zur Wirklichkeit. Der Wert der Schmuckstücke war so groß, daß die jungen Damen den Schutz von Polizisten mit Hunden benötigten. Die Mädchen präsentierten einige der prächtigen Stücke aus der internationalen Uhren- und Schmuckausstellung in London. Unser Bild zeigt Marion Gordon, für einen Tag «Diamanten-Königin». Sie trägt Schmuck im Werte von zirka 250 000 Franken. Polizist und Hund sind ihre ständige Begleitung. Foto ASL